

**Vortrag von  
Barbara Wadach, Botschaftsrätin in der Botschaft der Republik Polen  
zum Thema „Polnische Europapolitik“  
Dornbirn, 17. Jänner 2007**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte mich bei den Veranstaltern dieser Konferenz, insbesondere bei Herrn Dr. Schäfer sehr herzlich für die Einladung eines Vertreters der polnischen Botschaft zur Teilnahme an diesem Treffen bedanken. Ich bin davon überzeugt, dass solche „gemeinsamen Gespräche über Europa“ ein Beweis dafür sind, dass die europäische Integration auf dem richtigen Weg ist. Ich freue mich sehr, dass ich heute Abend Gelegenheit haben werde, Ihnen die wichtigsten Eckpunkte der polnischen Europapolitik vorzustellen. Meinen Vortrag habe ich in drei Teile gegliedert. Zunächst werde ich versuchen zu erläutern, wie sich die internationale Gesellschaft zu Beginn des 21. Jhds. darstellt. Danach werde ich die Prioritäten der polnischen Politik innerhalb der EU umreißen. Und schließlich werde ich einige ausgewählte Aspekte der polnisch-österreichischen Kooperation beleuchten.

**Wie gestaltet sich die internationale Gesellschaft zu Beginn des 21. Jhds.?**

Sie zeichnet sich vor allem durch eine Beschleunigung der Globalisierungsprozesse aus. Aufgrund dieser Tatsache wird es immer schwieriger, die Entwicklung der internationalen Situation vorausszusehen. Nahezu 20 Jahre nach dem Zerfall der bipolaren Welt fällt es schwer, die neue Weltordnung zu beschreiben. Zbigniew

Brzeziński, der ehemalige Berater von US-Präsident Jimmy Carter, bezeichnet die neue Weltordnung als Chaos.

- Infolge der Globalisierung gibt es immer mehr gegenseitige Abhängigkeiten von Phänomenen und Akteuren der internationalen Szene. Probleme in Regionen, die von uns weit entfernt sind, werden für uns zu Herausforderungen. Lässt man diese Herausforderungen außer Acht, verwandeln sie sich in Bedrohungen. Die Grenze zwischen Außen- und Innenpolitik verschwindet allmählich.
- Die Ära der unbestrittenen Vorherrschaft der Vereinigten Staaten neigt sich dem Ende zu. Die Welt wird multipolar. Neue Wirtschaftsmächte treten in Erscheinung – China, Indien, Brasilien. Angesichts des wirtschaftlichen, demographischen und sozialen Potentials dieser Staaten wird die Rolle Europas in den nächsten Jahrzehnten immer kleiner werden. Noch mehr wird die Bedeutung einzelner europäischer Staaten zurückgehen.
- Es liegt in unserem Interesse, dass Europa sein politisches Potential beibehält. Wir sollten danach trachten, dass die europäischen Werte für andere Staaten attraktiv werden, auch für Staaten in den entlegensten Winkeln der Erde.
- Eine große Herausforderung stellen auch die Spannungen zwischen dem Westen und der islamischen Welt dar. Es gibt eine weite Zone der Instabilität, die den nahen Osten, den Irak und Afghanistan umfasst, aber auch gescheiterte Staaten und die endemische Armut Afrikas.
- Wenn man von den Herausforderungen spricht, vor denen die internationale Gesellschaft steht, darf man die Klimaveränderungen und die Energiesicherheit nicht außer Acht lassen. Die Sicherung der Energierohstofflieferungen ist heute ein

wesentliches Element der globalen Sicherheit und der wichtigste Faktor für die wirtschaftliche Sicherheit.

Man kann den Herausforderungen der Zukunft nicht mit Methoden aus der Vergangenheit entgegentreten. Mit anderen Worten: es gibt keine Antworten auf die Herausforderungen des 21. Jhds. mit Methoden des 19. und 20. Jhds. Ein einzelner, wenn auch mittelgroßer, Staat ist nicht im Stande, es allein mit diesen Herausforderungen aufzunehmen. Die kleinste Staatengruppe, die es Polen erlaubt, Lösungen für die Herausforderungen der Gegenwart zu finden, ist Europa. Und somit möchte ich zu dem zweiten Punkt meines Vortrags überleiten, d.i. zu der Europapolitik Polens.

### **Polens Europapolitik**

Nach über drei Jahren Mitgliedschaft in der EU, empfindet Polen die Europäische Gemeinschaft als sein natürliches Umfeld. Die Regierung von Premierminister Donald Tusk wird sich darum bemühen, dass Polen ein aktives EU-Mitglied ist. Eine große Bedeutung wird auch der Entwicklung der bilateralen Beziehungen mit den europäischen Staaten zukommen. Polen möchte auch sein Mitwirken in den regionalen Kooperationsnetzwerken fortsetzen.

Im Zuge ihrer Europapolitik, aber auch ihrer Außenpolitik, möchte die neue polnische Regierung einen Akzent auf das setzen, was bereits zum polnischen Markenzeichen in Europa und in der Welt geworden ist. Dieses Markenzeichen ist die gemeinschaftliche Solidarität.

Ähnlich wie jeder anderer Mitgliedstaat, ist auch Polen bestrebt, innerhalb der Europäischen Union nicht nur seine eigenen Interessen zu

verfolgen, sondern sein Augenmerk auch auf das gemeinsame Interesse zu richten. Die Regierung der Republik Polen beabsichtigt, die polnische Vision für die weitere Entwicklung der gesamten Europäischen Union vorzustellen. Die Vertiefung der Zusammenarbeit im Rahmen der Union und ihre Erweiterung sind doch für uns alle von Interesse. Die Europäische Union ist kein Superstaat und wird auch kein Superstaat werden. Vielmehr sollte sie in Zukunft eine Supermacht werden. Sie sollte ein in der ganzen Welt respektiertes und geachtetes Gebilde sein. Die EU sollte zu einem bedeutenden global player werden. Das ist ein ehrgeiziges Ziel. Als EU-Mitglied hat Polen das Recht und die Pflicht, an diesem Ziel mitzuwirken. Unser Land war nie das „Aschenputtel“ in der Europäischen Union und wird es mit Sicherheit auch nie sein. Als das sechstgrößte EU-Mitglied erhebt Polen Anspruch darauf, eine Schlüsselrolle auf der europäischen Bühne zu spielen.

Eine starke Union muss gut integriert und auf soliden Fundamenten errichtet sein. Solide Fundamente – das sind die gemeinsamen Werte. Am 13. Dezember vorigen Jahres haben der polnische Premierminister und der polnische Außenminister in Lissabon den Reformvertrag, den so genannten Vertrag von Lissabon, unterzeichnet.

Somit ist die lange dauernde Phase der Debatte um die institutionelle Zukunft der EU zu Ende gegangen. Edmund Husserl sagte einmal: „Das Schlimmste, was Europa passieren kann, ist die intellektuelle und spirituelle Müdigkeit. Wenn Europa an sich selber ermüdet, könnte dies auch sein Ende bedeuten“. Einige von Ihnen können jetzt denken, dass die Zeit des Nachdenkens „endlich“ vorbei ist. Nun wird sich die EU den Aufgaben widmen können, von denen ich vorher gesprochen habe. Polen ist der Überzeugung, dass der Reformvertrag zur Leistungsfähigkeit der Europäischen Union beitragen wird. Der Vertrag müsste es der Union auch ermöglichen, ihre Rolle und Position in der

Welt zu stärken. Vom polnischen Standpunkt aus ist die im Vertrag vorgesehene Vertiefung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik von besonderer Relevanz. Ebenso misst Polen der Einführung einer Solidaritätsklausel für die Energiesicherheit eine große Bedeutung bei. Der neue Vertrag wird die Europäische Union demokratischer und effizienter machen. Die Bürger der Mitgliedsstaaten erhalten die Möglichkeit, auf die Festlegung der politischen Prioritäten einen Einfluss zu nehmen. Die Annahme des Vertrags von Lissabon wird dazu beitragen, die Rolle der Nationalparlamente im Prozess der Mitgestaltung des EU-Rechts zu stärken. Die Parlamente werden sich dadurch auch in den nationalen Debatten über europäischen Angelegenheiten stärker engagieren.

Polen hat den Lissabonner Vertrag mit dem sog. britischen Protokoll angenommen. Dies bedeutet, dass die meisten Bestimmungen der Grundrechtecharta in Polen nicht rechtsverbindlich sein werden. Die Regierung von Donald Tusk hält somit an dem von der vorigen Regierung Jarosław Kaczyński erzielten Verhandlungsergebnis fest. Ein Abgehen von den zuvor ausverhandelten Bedingungen könnte der Ratifizierung des Lissabonner Vertrags in Polen schaden. Die jetzige Regierung möchte die Ratifizierung möglichst schnell vorantreiben. Das Ratifizierungsverfahren durch das polnische Parlament sollte bis Ende Juni dieses Jahres abgeschlossen sein. Wie Sie ja wissen, soll der Vertrag mit dem 1. Jänner 2009 in Kraft treten, also beinahe ein halbes Jahr vor den Wahlen zum Europäischen Parlament.

Im Jahr 2011 wird Polen die Präsidentschaft in der EU übernehmen. Das ist eine große Herausforderung und keine leichte Aufgabe. Deshalb haben wir bereits jetzt begonnen, uns auf diese Aufgabe vorzubereiten.

Wir sind dabei, unsere Prioritäten für die Zeit der Präsidentschaft auszuarbeiten. Nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon werden sich ja die Regeln der Präsidentschaft in der EU ändern – das wird nicht mehr ein halbjähriger, selbständiger Vorsitz eines einzelnen Staates sein. Den Vorsitz wird eine Gruppe dreier Länder innehaben. Wir gedenken, bei unseren Vorbereitungen auf die Präsidentschaft auf die Erfahrungen anderer Länder zurückzugreifen. Eines dieser Länder ist Österreich. Wir alle haben die letzte effiziente österreichische Präsidentschaft noch vor Augen. Es unterliegt keinem Zweifel, dass sich während des EU-Vorsitzes Ihres Landes das Klima innerhalb der Union deutlich verbessert hat. Und gerade die Verbesserung des internen Klimas hat die Vereinbarung des Lissbener Vertrags möglich gemacht.

Eines der Schlüsselthemen auf der Agenda der EU ist nach wie vor die Energiesicherheit in Europa. Ich möchte den polnischen Beitrag zu diesem EU-Thema hervorheben. Wir müssen nach der Diversifizierung der Quellen für den Gewinn von Energierohstoffen trachten, nach stabilen Rohstofflieferungen und nach sicheren Quellen. Unserer Meinung nach muss die Energiesicherheit Europas auf der Solidarität der gesamten Europäischen Union basieren. Sie darf nicht von aktuellen Interessen beeinflusst werden oder von kurzlebigen Vorteilen, die aus politischem oder wirtschaftlichem Egoismus resultieren.

Polen wird alle Infrastrukturprojekte der Europäischen Union, die zur Steigerung der Energiesicherheit unseres Kontinents beitragen können, unterstützen. In der Realisierung dieser Projekte sehen wir eine Chance, auch unsere Probleme zu lösen. Mit Skepsis begegnet Polen hingegen allen Initiativen, die die Energiesicherheit bedrohen können. Von unseren Partnern in der Union erwarten wir volles Verständnis für die spezifischen Gegebenheiten, Polens und der anliegenden Region im

Bereich Energiesicherheit. Polen befindet sich in einer besonderen Situation, wenn es um die Energieversorgung geht. Diese besonderen Gegebenheiten resultieren daraus, dass wir hinsichtlich der beiden wichtigsten Rohstoffe, nämlich Erdöl und Erdgas, im Wesentlichen von einem einzigen Lieferanten abhängig sind. Wir waren in der Vergangenheit bereits mit einer Bedrohung für unsere Lieferungen konfrontiert. Auch unsere Partner und Nachbarn hatten ähnliche Erfahrungen. Deshalb bemüht sich unsere Regierung darum, einen ausgewogeneren Energie-Mix in Polen festzulegen. Eine große Bedeutung kommt auch einer besseren Anwendung anderer Versorgungsquellen zu.

Polen misst der Tatsache, dass es seit dem 21. Dezember vorigen Jahres zu den Schengen-Staaten zählt, besonders viel Gewicht bei. Mit diesem Schritt sind nahezu sämtliche Binnengrenzen der Europäischen Union gefallen. Für die polnischen Bürger bedeutet das völlige Reisefreiheit in die Mitgliedstaaten, ohne Pass- und Grenzkontrollen. Die Ostgrenze Polens wurde zur EU-Außengrenze. Wir möchten jedoch die Entstehung einer neuen Trennungslinie und eines neuen „eisernen Vorhangs“ vermeiden. Deshalb haben wir uns darum bemüht, unseren östlichen Nachbarn den Grenzübertritt weitgehend zu erleichtern, jedoch unter Einhaltung der EU-Standards zum Schutz der Außengrenze. Ab dem 21. Dezember 2007 sind die polnischen Grenzschutzorgane an unserer östlichen Grenze nicht nur im Namen und für Polen tätig, sondern auch im Namen und für die anderen Schengenstaaten. Wir betrachten dies als einen sichtbaren Beweis für eine wirklich vollständige Präsenz Polens in der Europäischen Union.

Von großer strategischer Bedeutung ist vom polnischen Standpunkt aus die EU-Budgetdebatte. Nach Beendigung der Arbeit an dem neuen EU-Vertrag ist dies nunmehr die Schlüsselfrage für die gesamte EU, denn das ist ja eine Diskussion über die Gestalt und die Aufgaben der Union in der Zukunft. Im Grunde genommen geht es darum, ob die Union solidarisch sein wird, ob die reicheren Mitglieder die ärmeren mittragen werden.

In dieser Angelegenheit will sich Polen lautstark artikulieren. Wir sprechen uns weiterhin dafür aus, dass die Union in die Entwicklung der ärmeren Regionen investiert, also in die so genannte Kohärenzpolitik. Strategisches Ziel muss es hier sein, dass die neuen Mitgliedsländer in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht aufholen. Polen wird sich gegen die Bestrebungen zur Reduzierung des Budgets aussprechen. Diese Bestrebungen sind klar erkennbar: seit Jahren wird das EU-Budget im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt immer kleiner.

Zunächst ist unser Land der Ansicht, dass eine stärkere Autonomie des EU-Budgets von Vorteil wäre. Es geht darum, das Budget von den Direktzahlungen der Mitgliedsländer zu entkoppeln. Das würde nämlich endlich eine Debatte über die gemeinsamen Ziele ermöglichen. Es gäbe weniger egoistische Diskussionen darüber, wer wie viel einzahlt.

Die Stellungnahme der polnischen Regierung zur EU-Budgetdebatte ist im April dieses Jahres fertig. An ihrer Ausarbeitung werden die Regierung, das Parlament, NGOs und wissenschaftliche Experten teilnehmen. Am 27. Mai veranstaltet die EU-Kommission in Brüssel eine politische Konferenz. Gegen Jahresende gibt es den offiziellen Budget-Vorschlag der Kommission, der als Ausgangspunkt für die Regierungsgespräche in den Jahren 2009-11 dienen wird.



Ein für Polen überaus wichtiges Thema, das zurzeit innerhalb der EU diskutiert wird, ist die gemeinsame Agrarpolitik. Der Standpunkt Polens in dieser Sache basiert auf der Beibehaltung des gemeinsamen Finanzierungssystems. Polen spricht sich für die Kontinuität der finanziellen Solidarität und für die Einheitlichkeit des europäischen Marktes aus. Große Bedeutung messen wir auch dem Festhalten an der Präferenz für EU-Agrarprodukte bei und dem Verständnis für die Agrarwirtschaft als einem ganz spezifischen Wirtschaftszweig.

Mein Land hat gute Gründe dafür, um danach zu streben, die EU-Politik gegenüber dem Osten mitzubestimmen. Die Ausweitung der Bereiche Sicherheit, Kooperation und Demokratie in diese Richtung kann sich auf unsere Zukunft und auf das Schicksal von ganz Europa positiv auswirken. Deshalb wird auch die polnische Regierung ein besonderes Augenmerk auf die Beziehungen zur Ukraine und zu Russland legen, aber auch auf die Situation in Weißrussland.

Polen hat seine eigene Meinung zu der Situation in Russland. Die polnische Regierung strebt jedoch einen Dialog mit dem Russland an, das sich heute der Welt darbietet. Es ist weder für Polen noch für Russland dienlich, wenn der Dialog zum Stillstand kommt. Dies führt zu einer schlechten Optik beider Länder auf der internationalen Arena. Wir hegen die Hoffnung, dass gerade jetzt die Zeit für eine positive Änderung in dieser Sache angebrochen ist. Wir erhalten aus Russland Signale, die ein Interesse an der Verbesserung unserer bilateralen Beziehung bestätigen. Dies könnte sich auch auf die Beziehung zwischen der EU und Russland günstig auswirken.

Wir werden weiterhin die euroatlantischen Bestrebungen der Ukraine unterstützen. Die Zukunft dieses Landes sollte zu einem Schlüsselthema in der Ostpolitik und der Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union

werden. Ich möchte betonen, dass Polen zusammen eben mit der Ukraine im Jahr 2012 Gastgeber der Fußball-Europameisterschaft sein wird. Deshalb beobachten wir auch mit großem Interesse die Vorbereitungen Österreichs auf dieselbe Veranstaltung im heurigen Jahr. In diesem Bereich rechnet Polen fest mit einem Erfahrungsaustausch, umso mehr, als auch die diesjährige Meisterschaft in zwei Ländern ausgetragen wird – in Österreich und der Schweiz. Auf dem europäischen Forum möchte Polen auch Weißrussland nicht übergangen wissen. Wir bemühen uns, dieses Land auch auf der bilateralen Ebene zu unterstützen. Unsere Aufgabe in der Politik gegenüber Weißrussland wird es sein, alle politischen Kreise in diesem Land davon zu überzeugen, dass es sich auszahlt, auf Demokratie zu setzen.

Es ist eine Tradition Polens, sich um die Offenheit der EU ihren Nachbarn gegenüber zu kümmern, und das nicht nur im Osten. Aus diesem Grund unterstützt die polnische Regierung die europäischen Bestrebungen der Länder des Westbalkans, insbesondere Kroatiens. Wir teilen die Meinung, dass eine europäische Perspektive für diese Länder mit Sicherheit zu einer Stabilisierung in dieser Region beitragen kann. Man darf jedoch nicht bei den Balkanstaaten Halt machen. Der Prozess, der gerade im Gange ist, ist nicht ein Prozess der Erweiterung Europas, sondern ein Prozess der Einigung Europas. Es geht darum, den westlichen Teil Europas mit dem neuen, dem östlichen Teil, der doch auch immer europäisch war, endgültig zu vereinen. Polen ist nach wie vor ein Befürworter des EU-Beitritts der Türkei. Wir sind uns dessen bewusst, dass dieses Land noch einen weiten Weg zur europäischen Gemeinschaft vor sich hat; muss es doch zuerst alle Kriterien einer

Mitgliedschaft erfüllen, die 1993 in Kopenhagen vom Europäischen Rat beschlossen wurden.

Es gibt Anzeichen dafür, dass die Präsenz der Union in der globalen Politik sichtbarer wird. Darf doch die Europäische Union in politischer und militärischer Hinsicht nicht ein Zwerg bleiben, wo sie doch ein wirtschaftlicher Riese ist. Will die Europäische Union also nach außen wirksam sein, muss sie gemeinsam agieren – in einer starken Koordination aller Mitgliedsländer. Der Vertrag von Lissabon beinhaltet Lösungen, die darauf abzielen.

Notwendig ist auch ein politischer Wille, um nach außen zu agieren und sich in außenpolitische Angelegenheiten zu engagieren. Im Hinblick darauf hat sich Polen dazu entschlossen, an der EU-Mission im Tschad teilzunehmen. Die polnische Regierung entsendet in dieses Land 400 Soldaten und stellt zwei Hubschrauber zur Verfügung. Wir möchten zum Erfolg dieser Mission beitragen und die Flüchtlinge aus dem von Gewalt gebeutelten Darfur unterstützen. Diese Mission wird humanitäre Hilfe bieten. Sie soll der Bevölkerung die elementarste Sicherheit garantieren und Lebensbedingungen für die Rückkehr zu einem normalen Leben schaffen.

Die EU muss sich noch mit einer weiteren ungelösten Frage auseinandersetzen – nämlich mit dem Status des Kosovo. Polen hält die Entscheidung über den Status dieser Provinz für unabdingbar für die Stabilisierung in der Region des Westbalkans. Mit Enttäuschung verzeichnen wir eine völlige Stagnation bei den diesbezüglichen Verhandlungen. Wie Sie wissen, wurden die Gespräche von der so genannten Kosovo-Troika geführt (das heißt von der EU, den USA und Russland), und sowohl Vertreter Serbiens als auch des Kosovo haben

daran teilgenommen. Polen weist auf die Notwendigkeit eines einheitlichen Standpunktes der EU in dieser Angelegenheit hin – das wäre so eine Art „Lackmuspapier“, das von den Möglichkeiten der EU in der Außenpolitik zeugen würde. Der Fall Kosovo ist ein Fall sui generis, niemand sollte darin einen Präzedenzfall für die Lösung anderer Konflikte sehen.

Polen ist sich dessen bewusst, dass man in der EU nur dann erfolgreich funktionieren kann, wenn man es vermag, dauerhafte Koalitionen, aber auch ad hoc Koalitionen einzugehen. Eine Schlüsselbedeutung kommt in diesem Kontext den guten Beziehungen mit den Mitgliedsstaaten zu. Die polnische Regierung möchte daher die Zusammenarbeit mit Deutschland und Frankreich intensivieren. Gute Beziehungen zwischen Warschau, Berlin und Paris werden eine wirksamere Realisierung der polnischen Bestrebungen in der EU ermöglichen. Polen beabsichtigt, strategische Beziehungen mit Deutschland aufzunehmen und wird dabei schwierigen Themen nicht ausweichen. Unserer Einschätzung nach ist der Stand der polnisch-deutschen Beziehungen gleichzeitig auch von ausschlaggebender Bedeutung für beide Länder in der Europäischen Union. Dieses Vorhaben bedarf einer besonderen Umsicht, für Komplexe ist hier kein Platz. Man muss klar, fest und – wo es angebracht ist – auch wohlwollend an die gegenseitigen Probleme herantreten. Ebenso bemüht sich Polen darum, seine Beziehungen zu Frankreich, das in einem halben Jahr die EU-Präsidentschaft übernimmt, zu vertiefen.

Mit allen Mitgliedern der Europäischen Union ist Polen durch freundschaftliche Bande verbunden. Einen besonderen Platz nehmen jedoch unsere traditionellen Freunde ein, wie Großbritannien, Italien oder Spanien. Mit diesen Ländern beabsichtigt Polen gemeinsame Regierungssitzungen abzuhalten. Österreich wird in Polen ebenfalls als

befreundetes Land angesehen. Bevor ich jedoch dazu übergehe, die polnisch-österreichischen Beziehungen zu besprechen, erlauben Sie mir bitte noch ein Wort zu den Beziehungen Polens und der gesamten EU mit den Vereinigten Staaten. Die Welt von heute braucht eine starke Partnerschaft Amerikas und Europas. Wenn man sich das politische und wirtschaftliche Potential vor Augen hält, über das die Vereinigten Staaten und die Europäische Union verfügen, so sind sie – wenn sie gemeinsam agieren – fähig, es mit den schwierigsten globalen Herausforderungen aufzunehmen, von denen ich einige zuvor erwähnt habe.

Und nun komme ich zum letzten Teil meines Vortrags. Ich möchte Ihnen die Zusammenarbeit zwischen Polen und Österreich kurz darlegen. Die bilateralen Beziehungen unserer beiden Staaten haben nach dem EU-Beitritt Polens eine neue Qualität erfahren. Die engen und traditionell freundschaftlichen Beziehungen wurden dadurch noch intensiver. Dies trifft vor allem auf die politische und wirtschaftliche Ebene zu.

Aufgrund der EU-Mitgliedschaft beider Länder kommt es zu mannigfaltigen Begegnungen, am häufigsten in Brüssel. Jeden Monat treffen sich dort unsere Außenminister und Minister anderer Ressorts, wie Verteidigung oder Landwirtschaft. Vier Mal im Jahr haben unsere Regierungschefs Gelegenheit, einander im Rahmen des so genannten EU-Gipfels (des Europäischen Rates) zu begegnen. Im vergangenen Jahr hatte Warschau die Freude, Bundeskanzler Alfred Gusenbauer zu Gast zu haben. Am 11. Juni, also unmittelbar vor den Vereinbarungen zum Reformvertrag, kam es zu einem Treffen des österreichischen Bundeskanzlers mit unserem damaligen Premierminister Jarosław Kaczyński. Im Mai 2007 kamen beim Gipfeltreffen im Rahmen der Mittelmeerinitiative die Präsidenten beider Staaten – Lech Kaczyński und Heinz Fischer – zusammen. Und für dieses Jahr ist ein Besuch von Frau

Bundesministerin Ursula Plassnik in Warschau geplant. Wie Sie also sehen, fehlt es uns nicht an Gelegenheiten zum Gedankenaustausch.

Ein besonderer Aspekt in den politischen Beziehungen ist die regionale Zusammenarbeit, die ebenfalls vertieft wurde. Im vergangenen Jahr hatte Österreich den Vorsitz in der Regionalen Partnerschaft inne, an der Österreich, Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei, Ungarn und Slowenien beteiligt sind. Im Februar letzten Jahres hat Österreich in Wien zu einem Treffen der Außenminister eingeladen. Polen wurde bei diesem Anlass vom damaligen stellvertretenden Außenminister Krzysztof Szczerski vertreten.

Auch die wirtschaftliche Kooperation unserer Länder entwickelt sich gut. Die polnischen Exporte nach Österreich beliefen sich im Jahr 2007 auf 1,38 Mrd. Euro und sind im Vergleich zum Jahr davor um über 18% gestiegen. Die polnischen Importe aus Österreich erreichten einen Wert von über 2 Mrd. Euro, was einen Anstieg von beinahe 20% im Vergleich zu 2006 bedeutet. Österreich nimmt unter den größten Auslandsinvestoren in Polen den 9. Platz ein. Der Wert der österreichischen Investitionen in unserem Land belief sich auf nahezu 3,5 Mrd. Euro. Polnische Unternehmen investieren hingegen viel weniger in Österreich. Man muss jedoch erwähnen, dass allein in Wien mehr als 900 polnische Unternehmen registriert sind – in der Regel sind das Einpersonen-Unternehmen.

Das größte Problem in unseren wirtschaftlichen Relationen bleibt nach wie vor die Sperre des österreichischen Arbeitsmarktes für polnische Arbeitskräfte. Es fällt den polnischen Bürgern sehr schwer zu verstehen, dass Österreich, welches von der Erweiterung am meisten profitiert hat, seinen Arbeitsmarkt nicht liberalisieren will. Wir hoffen jedoch, dass die guten wirtschaftlichen Ergebnisse in Ihrem Land dazu beitragen werden, dass Österreich seinen Standpunkt in dieser Sache lockert.

Die bisherigen politischen, aber auch die wirtschaftlichen Kontakte haben gezeigt, dass Polen und Österreich gemeinsame Interessen in der EU haben. Es wäre durchaus wert, diese Gemeinsamkeit gut zu nützen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

gestatten Sie mir, meinen Vortrag über die polnische Europapolitik mit einem Zitat des großen Polen, des Papstes Johannes Paul II, ohne den das heutige Europa nicht so aussehen würde, wie es jetzt aussieht, zu beenden. Ich möchte jene Worte anführen, die am 20. Juni 1998 in der Hofburg zu Wien ausgesprochen wurden: „Treu zur Heimat und offen für Europa, der Vergangenheit verpflichtet und bereit für die Zukunft“.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf eine angeregte Diskussion.